



Bildungsausgaben in Deutschland: Kursänderung erforderlich	535
Geldvermögen und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1997	541

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 30/98

Berlin

23. Juli 1998

65. Jahrgang

Bildungsausgaben in Deutschland: Kursänderung erforderlich

Will Deutschland seine im internationalen Maßstab hohen Einkommen sichern, so muß die Arbeitsproduktivität gesteigert werden. Dies wird nur gelingen, wenn das Anlagevermögen sich verbessert und die Qualifikation der Arbeitskräfte sich den ändernden Erfordernissen anpaßt. Die zunehmende Humankapitalintensität der Produktion zeigt sich auch an einer Verschiebung der Nachfrage von weniger qualifizierten zu höher qualifizierten Arbeitskräften. Daraus ergeben sich entsprechende Anforderungen an das Bildungssystem. Dieses war bislang ein Eckpfeiler der ökonomischen Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik. Die Analyse der Entwicklung der Bildungsausgaben zeigt allerdings, daß die Anstrengungen hier in den letzten Jahren zu wünschen übrig lassen. Die negativen Folgen einer solchen Politik stellen sich zwar erst allmählich, dann aber um so nachhaltiger ein.¹

Wichtiger Teil des Humankapitals in einer Volkswirtschaft ist das in den Arbeitskräften durch Ausbildung und Erfahrung akkumulierte Wissen. Zur Quantifizierung wurden verschiedene Methoden entwickelt, die entweder auf der Kostenseite oder auf der Ertragsseite ansetzen.² Alle Indikatoren haben unverkennbar ihre Probleme. Insgesamt ergibt sich dennoch ein aussagekräftiges Bild für die Position der verschiedenen Länder.

Bildungsstand nach den Kosten

Die Ausbildungskosten je Person in den OECD-Ländern werden aus Angaben der OECD für die erste Hälfte der neunziger Jahre in zweifacher Weise ermittelt. Bei den Ergebnissen handelt es sich jeweils um Näherungswerte. Einmal werden die durchschnittlichen Schuljahre herangezogen. Bei diesem Verfahren wird allein auf die Dauer der Ausbildung abgestellt. Zum anderen wird ein „Wiederbeschaffungswert“ bestimmt. Dazu werden Angaben über die durchschnittlichen Kosten je Person und Jahr in den verschiedenen Ausbildungsstufen, die typische Verweildauer in diesen Stufen und die Aufteilung der Bevölkerung nach dem Ausbildungsstand verwendet.

Gemessen an der durchschnittlichen Zahl von Schuljahren der Erwerbsbevölkerung liegt Deutschland auf dem ersten Platz, gefolgt von der Schweiz und den USA (Tabelle 1). Bei den durchschnittlichen Ausbildungskosten je Erwerbsperson befindet sich Deutschland in der Spitzengruppe hinter der Schweiz, den USA und Österreich. Am unteren Ende der Skala rangieren Länder mit niedrigen Einkommen, wie die Türkei, Griechenland und Portugal.

¹ Die folgende Analyse stützt sich auf Ergebnisse aus der Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands für das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie (BMBF); vgl. DIW, Berichterstattung zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands 1997. Materialien: Bildungsausgaben in Deutschland. Humankapitalbildung im internationalen Vergleich, Berlin, März 1998. Ein Teil der Ergebnisse findet sich auch in dem gemeinsamen Bericht der vier beteiligten Institute; vgl. NIW/DIW/ISI/ZEW: Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Aktualisierung und Erweiterung 1997, Hannover/Berlin/Karlsruhe/Mannheim, Dezember 1997.

² Für eine ausführliche methodische Darstellung vgl. G. Weißhuhn: Sozio-oekonomische Analyse von Bildungs- und Ausbildungsaktivitäten, Berlin 1977.

Tabelle 1

Bestand an Humankapital und Bildungsausgaben im internationalen Vergleich

Länder	Indikatoren für den Bestand an Humankapital			Ausgaben für		nachrichtlich:
	Schuljahre je 25- bis 64jährigen ¹⁾	Ausbildungskosten je 25- bis 64jährigen in US-\$ ²⁾ 3)	Durchschnittliche Einkommenshöhe für den Ausbildungsstand der 25- bis 64jährigen ⁴⁾	Bildung und Ausbildung 1994 in vH des BIP		BIP je Kopf der Bevölkerung 1995 in US-\$ ³⁾
				insgesamt	darunter: Staat	
Sechs große OECD-Länder						
Deutschland	13,2	73 000	137	5,8	4,5	20 500
USA	12,6	86 600	145	6,6	4,9	27 600
Japan	.	.	.	4,9	3,8	21 800
Frankreich	10,3	55 700	131	6,2	5,6	20 000
Italien	8,4	49 000	115	4,7	4,6	19 500
Vereinigtes Königreich	11,7	50 500	132	.	4,6	17 800
Andere OECD-Länder in Europa						
Schweiz	13,1	93 600	133	.	5,5	24 400
Norwegen	12,1	.	140	.	6,8	22 900
Dänemark	11,4	68 400	130	7,0	6,5	21 500
Belgien	10,2	51 800	128	.	5,5	20 800
Österreich	12,1	81 400	127	5,6	5,3	20 700
Niederlande	11,3	48 600	129	4,9	4,5	19 700
Schweden	11,8	68 700	134	6,7	6,6	18 700
Finnland	11,4	51 600	131	6,6	6,6	17 800
Irland	9,6	33 400	123	5,7	5,1	16 600
Spanien	8,4	33 100	118	5,6	4,8	14 200
Portugal	7,3	24 000	112	5,3	5,3	12 800
Griechenland	.	19 200	121	2,4	2,4	12 200
Türkei	7,1	7 000	111	3,4	3,3	5 500
Andere OECD-Länder in Übersee						
Kanada	12,3	.	140	7,2	6,0	21 300
Australien	11,7	48 800	128	5,7	4,6	19 300
Neuseeland	11,1	46 800	128	.	5,6	16 200

¹⁾ 1992 nach Schätzungen der OECD. — ²⁾ „Wiederbeschaffungswert“, berechnet aus Angaben der OECD über die durchschnittlichen Kosten je Person und Jahr in den verschiedenen Ausbildungsstufen (Primar- und Sekundarbereich I, Sekundarbereich II, Tertiärbereich) 1994, die typische Verweildauer in diesen Stufen und die Aufteilung der 25- bis 64jährigen Bevölkerung nach dem höchsten erreichten Ausbildungsstand 1995. — ³⁾ Umgerechnet mit Kaufkraftparitäten. — ⁴⁾ Aufteilung der 25- bis 64jährigen Bevölkerung nach dem Bildungsstand 1995 in dem jeweiligen Land gewichtet mit der Entlohnung nach dem Bildungsstand im Durchschnitt der OECD-Länder (bis Sekundarstufe I = 100, Sekundarstufe II = 130, Tertiär außerhalb Hochschule = 150, Tertiär Hochschule = 200).
Quellen: OECD, Indicators on Human Capital Investment: A Feasibility Study, OCDE/GD (96)143, Paris 1996; OECD, Economic Outlook Nr. 60, Dezember 1996; OECD, Education at a Glance, Paris 1997; Berechnungen des DIW.

Wenn Länder am unteren Ende der Skala das durchschnittliche Humankapitalniveau eines Landes wie Deutschland erreichen wollen, dann benötigen sie dafür noch sehr viel Zeit. Dies gilt selbst dann, wenn die jüngeren Altersgruppen bereits ein erheblich höheres Ausbildungsniveau aufweisen als die älteren. Heben dagegen Länder wie Frankreich oder Großbritannien, die im Durchschnitt nicht so weit hinter Deutschland liegen, das so definierte Bildungsniveau der jüngeren Jahrgänge an, können sie in einem zwar immer noch längeren, doch überschaubaren Zeitraum aufschließen.

Legt man den Anteil von gut ausgebildeten Personen, d.h. von Personen mit einem Abschluß von mindestens Sekundarstufe II, an der 25- bis 64jährigen Bevölkerung

zugrunde, dann belegte Deutschland 1995 mit 84 % den zweiten Platz unter den OECD-Ländern hinter den USA (86 %), aber vor der Schweiz (82 %) und Norwegen (81 %).³ Infolge des höheren Anteils gut ausgebildeter Personen in den jüngeren Jahrgängen werden nach Modell-

³ In Deutschland zählen zum Primarbereich die 1. bis 4. Klasse (Grundschulen), zum Sekundarbereich die 5. bis 13. Klasse (Hauptschulen, integrierte Gesamtschulen, Realschulen, Gymnasien, Berufsschulen) und zum Tertiärbereich die darüber hinausgehende Ausbildung (Fach- und Fachhochschulen, Universitäten). Innerhalb des Sekundarbereichs wird nach Sekundarbereich I (bis 10. Klasse, d.h. Ende der Schulpflicht) und Sekundarbereich II (bis 13. Klasse, d.h. Abitur, duale Berufsausbildung u.ä.) unterschieden.

Tabelle 2

Relatives Einkommen je Erwerbstätigen¹⁾ nach dem Bildungsstand im internationalen Vergleich 1995
 Einkommen bis Sekundarbereich I = 100

Länder	Sekundarbereich II	Tertiärbereich	
		außerhalb Hochschule	Hochschule
Sechs große OECD-Länder			
Deutschland	128	142	209
USA	147	175	256
Japan	·	·	·
Frankreich	125	160	219
Italien	130	·	174
Vereinigtes Königreich	133	176	239
Andere OECD-Länder in Europa			
Schweiz	149	216	234
Norwegen	122	150	182
Dänemark	120	125	160
Niederlande	130	161	210
Schweden	112	122	170
Finnland	108	135	201
Irland ²⁾	118	145	215
Portugal	147	·	269
Andere OECD-Länder in Übersee			
Kanada	115	126	179
Australien	112	125	160
Neuseeland	122	129	201
Durchschnitt der OECD-Länder ³⁾	127	151	205
nachrichtlich: Deutschland, je Vollzeiterwerbstätigen ⁴⁾	122	130	186

¹⁾ Im Alter von 25 bis 64 Jahren (Männer und Frauen). — ²⁾ 1993. — ³⁾ Einschl. Tschechische Republik. — ⁴⁾ Nach Berechnungen mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für 1996.

Quellen: OECD, Education at a Glance 1997 und 1996; Berechnungen des DIW.

rechnungen der OECD⁴ bis zum Jahre 2005 auch Schweden, Großbritannien und Kanada die 80 %-Grenze überschreiten; im Jahre 2015 gilt dies auch für Finnland und Frankreich. Danach würde Deutschland zwar zusammen mit Norwegen im Jahre 2015 mit einem durchschnittlichen Anteil von 89 % an der Spitze liegen, doch würde sich der Abstand zu einer Reihe anderer Länder verringern. Die auch hier bereits langen Zeiträume von 10 bis 20 Jahren zeigen einerseits, wie langwierig solche Aufholprozesse sind, und andererseits, wie nachhaltig sich Versäumnisse bei den Bildungsanstrengungen auf die Qualität des Humankapitals auswirken.

Bildungsstand nach den Erträgen

Alternativ zur Berechnung des Humankapitals nach Schuljahren und Ausbildungskosten bietet es sich an, seinen „Ertragswert“ zu bestimmen. Dazu wäre theoretisch die Summe der Einkommen zu ermitteln, die von ausgebildeten Erwerbstätigen im Vergleich zu unausgebildeten durch die Aneignung zusätzlicher Fähigkeiten erzielt werden. In der Praxis ergeben sich allerdings eine Reihe von Problemen: So wäre der Lohn für eine gänzlich unausgebildete Arbeitskraft festzulegen. Zudem müßten andere die

Lohnhöhe beeinflussende Faktoren, wie spezifische Arbeitsmarktbedingungen, Geschlecht, Alter, Beruf, Stärke von Gewerkschaften, Mindestlohnbestimmungen, berücksichtigt werden.

Bei internationalen Vergleichen ist insbesondere wegen der unterschiedlichen Gewichte dieser Einflußfaktoren die Lohnhöhe nur bedingt ein geeigneter Indikator für die Ausstattung mit Humankapital. Die verfügbaren Daten über die Einkommenshöhe nach dem Bildungsstand zeigen gleichwohl durchgängig, daß das Bruttoeinkommen mit dem Ausbildungsniveau steigt (Tabelle 2 nach Angaben der OECD); dies gilt für Männer und für Frauen. Die Lohnspreizung ist nach Ländern allerdings sehr verschieden. Besonders ausgeprägt ist sie in Portugal, den USA, Großbritannien und der Schweiz, aber auch in Frankreich und Irland; relativ gering ist sie in Dänemark, Schweden und Australien.

Für Deutschland weisen die Daten der OECD für 1995 eine starke Spreizung aus, die durch Ergebnisse des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für 1996 bestätigt wird.⁵ Die Lohnunterschiede nach dem Ausbildungsstand

⁴ OECD, Education at a Glance, Paris 1997, Tabelle A 2.2a.

⁵ DIW, a.a.O., S. 35.

entsprechen in Deutschland dem Durchschnitt der OECD-Länder: Erwerbstätige, die einen Abschluß im Sekundarbereich II besitzen, verdienen im Durchschnitt fast 30 % mehr als solche, die nur ihre Schulpflicht absolviert haben (Sekundarbereich I); Hochschulabsolventen erreichen ein doppelt so hohes Einkommen.

Ein Teil der Einkommensunterschiede bei den Erwerbstätigen erklärt sich durch die Teilzeitarbeit, die auf den unteren Ausbildungsstufen stärker vertreten ist und bei Frauen erheblich ins Gewicht fällt. Für Frauen mit Vollzeittätigkeit ist die Lohnspreizung deutlich geringer. Für die Vollzeiterwerbstätigen insgesamt errechnet sich wiederum eine etwas geringere Lohnspreizung als für die Erwerbstätigen insgesamt (Tabelle 2).

Die Lohnspreizung nach Ausbildungsstufen wird von einer Reihe von Faktoren in den einzelnen Ländern unterschiedlich beeinflusst. Um diese Einflüsse zu dämpfen, ist bei dem internationalen Vergleich der Ausstattung mit Humankapital von einer *durchschnittlichen Lohnspreizung* ausgegangen worden, die mit der jeweiligen Ausbildungsstruktur der Erwerbsbevölkerung gewichtet wird. Dieser Indikator kann definitionsgemäß entsprechend der durchschnittlichen Lohnspreizung der OECD-Länder Werte von 100 (nur Sekundarstufe I) bis 200 (nur Hochschulabschlüsse) annehmen. Er ist Maßstab für das Einkommensniveau, das bei dem Bildungsstand der Bevölkerung des jeweiligen Landes im OECD-Durchschnitt erreicht werden kann. Danach liegen die USA an der Spitze, gefolgt von Kanada, Norwegen und Deutschland (Tabelle 1). Am unteren Ende der Skala rangieren die Türkei und Portugal. Diese Rangfolge der Länder entspricht weitgehend den über die Kosten ermittelten Humankapitalintensitäten.

Alle drei hier verwendeten Indikatoren für den Bestand an Humankapital — Zahl der Schuljahre, „Wiederbeschaffungswert“, „Ertragswert“ — sind untereinander und mit dem Pro-Kopf-Einkommen hoch korreliert: Eine gute Ausstattung mit Humankapital ist offensichtlich Voraussetzung für ein hohes Einkommensniveau, wie umgekehrt ein hohes Einkommen bessere Möglichkeiten für die Akkumulation von weiterem Humankapital bietet.

Bildungsausgaben

Bei den *Ausgaben für Bildung*, d.h. dem Aufbau von neuem Humankapital, hält Deutschland mit anderen Hoch-einkommensländern allerdings nicht Schritt. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt erreichen die laufenden Ausgaben für Bildung und Ausbildung mit 5,8 % im Jahre 1994 gerade einmal den Durchschnitt der Bildungsausgaben in den OECD-Ländern, während der Anteil in den USA und den skandinavischen Ländern deutlich darüber liegt (Tabelle 1).⁶

Aus entwicklungspolitischen Gründen ist es zu begrüßen, wenn Länder mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen, deren akkumuliertes Wissen sowie Bildungsausgaben je Kopf geringer sind, große Anstrengungen unternehmen

und die Quoten in den Ländern, die bereits über einen guten Humankapitalbestand verfügen, übertreffen. Bedenklich ist es allerdings, wenn Deutschlands Quote hinter Ländern mit ebenfalls hohem Pro-Kopf-Einkommen zurückbleibt. Dadurch kann die Volkswirtschaft eine ihrer Stärken einbüßen, und die Chancen, die Einkommensposition in Relation zu diesen Ländern zu halten — gleiche Effizienz unterstellt —, werden beeinträchtigt.

Hinzu kommt, daß die Bildungsanstrengungen in Deutschland nachgelassen haben. So sind die *öffentlichen Ausgaben für Bildung und Ausbildung* in Westdeutschland von 1975 bis 1990 erheblich langsamer gewachsen als die gesamtwirtschaftliche Leistung, so daß sie 1990 nur noch 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts ausmachten; im Jahre 1975 waren es noch fast 5 %. Zwar spielte dabei der Rückgang der Kinderzahl eine wichtige Rolle, so daß trotz vergrößerter Lehrer/Schüler-Relation weniger Mittel im Primarbereich und im Sekundarbereich I benötigt wurden. Stärker ins Gewicht fällt allerdings, daß die Zahl der Abiturienten und der Studenten infolge der höheren Bildungsbereitschaft und der höheren Nachfrage nach Hochschulabgängerinnen erheblich zugenommen hat. Diesem Trend wurde nicht durch eine entsprechende Ausweitung der Mittel im Tertiärbereich Rechnung getragen. Im Gegenteil, die öffentlichen Mittel für den westdeutschen Hochschulbereich (für Lehre und Forschung, einschl. Hochschulkliniken) in Relation zum Bruttoinlandsprodukt gingen trotz der enorm gestiegenen Anforderungen 1975 bis 1990 zurück, von 1,07 % auf 0,85 %. Nichts spricht dafür, daß dieser Rückgang durch erhöhte Effizienz überkompensiert wurde.

Die neuen Bundesländer erforderten infolge ihres Nachholbedarfs bei den Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur des Bildungswesens und wegen der Notwendigkeit eines neuen und erweiterten Wissenserwerbs relativ hohe öffentliche Bildungsausgaben. Daher erreichten für Deutschland insgesamt die öffentlichen Mittel für die (Erst-)Ausbildung in den Jahren 1992 bis 1994 mit durchschnittlich gut 4 % des Bruttoinlandsprodukts wieder einen höheren Wert. Dieser Wert liegt aber immer noch erheblich unter dem von Westdeutschland in den siebziger Jahren. Die öffentlichen Ausgaben für die Hochschulen (einschl. Kliniken) beliefen sich im Durchschnitt auf jährlich rund 29 Mrd. DM oder 0,9 % des Bruttoinlandsprodukts und blieben ebenfalls deutlich hinter dem früheren (west-deutschen) Niveau zurück.

Tabelle 3 gibt einen Überblick über die *gesamten Bildungsausgaben* in Deutschland in den letzten Jahren.⁷

⁶ Die Angaben umfassen bis auf unbedeutende Ausnahmen die öffentlichen und privaten Ausgaben für die Erstausbildung, einschließlich FuE der Hochschulen und ohne Gesundheitsdienstleistungen der Hochschulkliniken.

⁷ Zur Berechnung im einzelnen vgl. DIW, a.a.O., S. 2-20. Die Ausgaben für die Hochschulen beziehen sich allein auf die Lehre, die Ausgaben für FuE sind herausgerechnet.

Tabelle 3

Bildungsausgaben in der Bundesrepublik Deutschland 1992 bis 1996

	in Mrd. DM					in vH des BIP				
	1992	1993	1994	1995 ¹⁾	1996 ¹⁾	1992	1993	1994	1995 ¹⁾	1996 ¹⁾
Bildung und Ausbildung ²⁾	162,6	174,0	177,2	184,0	186,9	5,3	5,5	5,3	5,3	5,3
Staat	120,7	129,3	131,6	137,2	138,1	3,9	4,1	4,0	4,0	3,9
Schulen und vorschulische Bildung ³⁾	85,5	93,2	94,8	98,9	99,5	2,8	2,9	2,8	2,9	2,8
Hochschulen ^{3), 4)}	15,9	17,0	16,8	18,1	18,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Förderung des Bildungswesens ^{3), 5)}	7,3	6,7	6,4	6,3	6,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Versorgungszuschlag für Beamte ⁶⁾	12,0	12,4	13,5	14,0	14,1	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Unternehmen ⁷⁾	29,8	30,1	30,5	31,2	33,1	1,0	1,0	0,9	0,9	0,9
Private Haushalte ⁸⁾	12,1	14,6	15,0	15,6	15,7	0,4	0,5	0,5	0,5	0,4
Weiterbildung ²⁾	34,4	33,9	31,0	31,7	32,4	1,1	1,1	0,9	0,9	0,9
Staat	20,1	19,6	16,6	17,3	18,0	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5
Sonstiges Bildungswesen ^{3), 9)}	4,0	4,2	4,2	4,3	4,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Bundesanstalt für Arbeit ¹⁰⁾	13,8	13,1	10,1	10,7	11,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3
Öffentlicher Dienst ¹¹⁾	2,3	2,3	2,3	2,3	2,3	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Unternehmen ¹²⁾	10,2	10,2	10,2	10,2	10,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Private Haushalte ¹³⁾	4,1	4,1	4,2	4,2	4,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	197,1	207,9	208,2	215,8	219,3	6,4	6,6	6,3	6,2	6,2

1) Bildung und Ausbildung geschätzt anhand von Angaben im Bildungsbudget. — 2) Nach finanzierenden Sektoren. — 3) Grundmittel (ohne Versorgungszuschlag und Beihilfe im Krankheitsfall für Beamte). — 4) Ohne staatliche Finanzierung der FuE an Hochschulen. — 5) Förderung für Schüler und Studierende. — 6) Zuzüglich geschätzter 1,7 Mrd. DM für Beihilfe im Krankheitsfall. — 7) Nettokosten der Wirtschaft für die Erstausbildung im dualen System (Fortschreibungen des BMBF) zuzüglich Einnahmen der staatlichen Hochschulen von Unternehmen ohne Zahlungen für FuE. — 8) Einnahmen der staatlichen Schulen, Vorschulen und Förderung des Bildungswesens sowie Zahlungen an private Schulen, Vorschulen und Hochschulen (geschätzt in derselben Höhe wie die staatlichen Zahlungen). — 9) Volkshochschulen, Bibliotheken, Akademien. — 10) Geschätzt als die Hälfte der gesamten Ausgaben der BA für berufliche Bildung. — 11) Geschätzt anhand des Durchschnittswertes je Beschäftigten in den Unternehmen (vgl. Fußnote 12). — 12) 10,2 Mrd. DM als Schätzwert für 1992/93 und 1995 auf der Basis von Unternehmensbefragungen des BIBB und des IW. — 13) 3,6 Mrd. DM als Schätzwert für 1992 auf der Basis des SOEP zuzüglich Einnahmen der staatlichen Einrichtungen des sonstigen Bildungswesens.

Quellen: Berechnungen und Schätzungen des DIW nach Angaben des BMBF, des Statistischen Bundesamtes, des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW).

Die Zahlen beziehen sich auf die Ausgaben für den Bildungsprozeß selbst, Zahlungen für den Lebensunterhalt im Rahmen von Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit oder Lohnzahlungen von Unternehmen während der Weiterbildungszeit werden nicht berücksichtigt.⁸ Die Angaben über die staatlichen Ausgaben stützen sich im wesentlichen auf amtliche Statistiken, die privaten Ausgaben lassen sich nur schätzungsweise auf der Basis von Erhebungen oder Hochrechnungen ermitteln. Die gesamten Ausgaben in Deutschland für die Erstausbildung und die Weiterbildung sind im Jahre 1996 auf fast 220 Mrd. DM oder 6,2 % des Bruttoinlandsprodukts zu veranschlagen.⁹ Gegenüber 1992 sind sie nach dieser Rechnung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt etwas zurückgegangen.

Fazit

Die deutsche Bevölkerung weist — gemessen an den hier verwendeten Indikatoren — im internationalen Vergleich einen besonders hohen Bildungsstand auf und verfügt damit über gute Voraussetzungen, um auch weiterhin im weltweiten Wettbewerb hohe Einkommen zu erzielen.

Diese Position wird allerdings gefährdet, wenn die Bildungspolitik in Deutschland den Herausforderungen nicht gerecht wird. Hier besteht beträchtlicher Handlungsbedarf. Zu fordern ist eine Doppelstrategie, die auf Effizienzerhöhung durch Reformen setzt und gleichzeitig durch erhöhten Mitteleinsatz die Leistungsfähigkeit des Bildungswesens zusätzlich steigert. Eine solche Politik würde längerfristige Wachstumspotentiale eröffnen und könnte sogar kostenneutral gestaltet werden, wenn die erforderlichen Mehraufwendungen über Einschnitte bei

⁸ Berechnungen auf der Basis von Opportunitätskosten kommen zu erheblich größeren Zahlen, insbesondere für die Weiterbildung.

⁹ Der Anteil der Ausgaben für Bildung und Ausbildung am BIP wird in Tabelle 3 für 1994 mit 5,3 % um 0,5 Prozentpunkte niedriger ausgewiesen als in Tabelle 1 nach Angaben der OECD (5,8 %). Der Unterschied erklärt sich im wesentlichen dadurch, daß in den Angaben der OECD auch die FuE im Hochschulbereich, die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit für Erstausbildung und die Nettoausgaben im „sonstigen“ Bildungswesen (zusammen 0,8 % des BIP), aber keine Schätzung für die Zahlungen der privaten Haushalte an private Schulen und Vorschulen (hier auf 0,3 % des BIP geschätzt) enthalten sind.

den strukturkonservierenden Subventionen finanziert würden.¹⁰ Aber auch ein höheres Defizit der öffentlichen Haushalte ist in Kauf zu nehmen, um zusätzliche Ausgaben für Bildung, Ausbildung und Weiterbildung zu finanzieren, handelt es sich doch um investive Ausgaben, die sich in späteren Jahren amortisieren.

Bei der Diskussion um die Lohndifferenzierung wird häufig übersehen, daß diese nach dem Ausbildungsstand in Deutschland dem Durchschnitt der OECD-Länder entspricht. Je deutlicher sich zusätzliche Bildung in der indivi-

duellen Einkommenshöhe niederschlägt, um so mehr ist ein privater Beitrag zu den Kosten der Ausbildung gerechtfertigt. Dies gilt insbesondere für den Hochschulbereich. Für eine Übergangszeit könnten auch Hochschulabgänger, die ohne Gebühren studieren konnten und jetzt hohe Einkommen beziehen, an der Finanzierung der heutigen Studienkosten beteiligt werden.

¹⁰ Vgl. auch Subventionspolitik: Umschichtungen nur ansatzweise gelungen. Bearb.: Frank Stille und Dieter Teichmann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 50/1997.

Geldvermögen und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1997

Vermögensfragen sind in den letzten Jahren wieder in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses gerückt. Hierzu hat eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts beigetragen, nach der die seinerzeit in Deutschland praktizierte Besteuerung des Vermögens nicht mit dem im Grundgesetz verankerten Gleichheitsgrundsatz vereinbar ist. Als Folge dieser Entscheidung wird die Vermögensteuer seit 1997 nicht mehr erhoben.

Besonderes Augenmerk richtet sich auf die Vermögenslage der gegenwärtigen Altengeneration. Diese konnte über Jahrzehnte hinweg Ersparnisse kumulieren, die nicht, wie in früheren Zeiten, durch Krieg und Inflation verloren gingen — ein immenses potentielles Erbschaftsvolumen.

Mit dem enger gewordenen Spielraum bei der Entlohnung des Produktionsfaktors Arbeit sind Überlegungen wiedergekehrt, die Vermögenssituation der Arbeitnehmer zu verbessern. Im Frühjahr 1998 wurde vom Deutschen Bundestag ein neues Vermögensbeteiligungsgesetz¹ beschlossen. Im Bundesrat gab es jedoch keine Mehrheit. Nachdem ein im Vermittlungsausschuß gefundener Kompromiß nun sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat breite Zustimmung gefunden hat, ist es zu einem kaum noch erwarteten Durchbruch auf diesem Gebiet gekommen.

Das DIW berichtet regelmäßig über das Geldvermögen und die Vermögenseinkommen der privaten Haushalte. Hier werden frühere Ergebnisse aktualisiert.²

Informationsgrundlagen dieses Berichts sind in erster Linie die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung³ des Statistischen Bundesamtes und die gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung⁴ sowie laufende Kreditstatistiken der Deutschen Bundesbank. Herangezogen wurden auch Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)⁵ und der Vermögensteuerstatistik⁶; die jüngsten Informationen beider Datenquellen beziehen sich auf das Jahr 1993. Die Verteilung der Vermögenseinkommen auf Haushaltsgruppen wurde auf der Basis früherer Berechnungen der amtlichen Statistik fortgeschrieben. Dabei sind Unschärfen nicht auszuschließen, denn die letzte Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes⁷ zu diesem Thema liegt immerhin fast zehn Jahre zurück.

Verfügbares Einkommen, privater Verbrauch, Ersparnis und Vermögensübertragungen

1997 verfügten die privaten Haushalte über ein Gesamteinkommen⁸ von reichlich 2,3 Bill. DM. Die Zunahme (+1,6 %) fiel deutlich geringer aus als in den Jahren zuvor (Tabelle 1). Die Summe der Nettolöhne und -gehälter ist sogar zurückgegangen (−1,8 %). Abgenommen hat auch die Bruttolohn- und -gehaltssumme (−0,5 %); die Zahl der Arbeitnehmer ist im Berichtsjahr erneut geschrumpft (−1,6 %).

Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen, die seit Jahren stärker als die Einkommen aus unselbständiger Arbeit expandieren,⁹ nahmen auch 1997 überdurchschnittlich zu (+5,9 %). Sie machten fast 36 % des verfügbaren Einkommens aus; 1980 hatte der Anteil 10 Prozentpunkte weniger betragen.

Die sozialen Leistungen, die an die privaten Haushalte geflossen sind, haben 1997 (+1,7 %) etwas schwächer als im Jahr davor zugenommen. Die Summe der Renten und

¹ Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode: Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und anderer Formen der Vermögensbildung der Arbeitnehmer (Drittes Vermögensbeteiligungsgesetz). Drucksache 13/10012 vom 3. März 1998.

² Detaillierte Strukturdaten sind in einer unlängst veröffentlichten Untersuchung zu finden. Klaus-Dietrich Bedau: Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland. Gutachten des DIW im Auftrage der Friedrich-Ebert-Stiftung. Beiträge zur Strukturforschung des DIW, Heft 173, 1998.

³ Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2, Konten und Standardtabellen 1997, Vorbericht.

⁴ Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Westdeutschland 1960 bis 1992; Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1990 bis 1997.

⁵ Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2: Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte, Heft 4: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte.

⁶ Fachserie 14, Finanzen und Steuern, Reihe 7.4: Vermögensteuer, Hauptveranlagung 1993.

⁷ Klaus Schüler: Vermögenseinkommen nach Haushaltsgruppen 1972 bis 1987. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1988, S. 881 ff. und S. 432* ff.

⁸ Einkommen nach Abzug von direkten Steuern, Sozialversicherungsbeiträgen und sonstigen Abgaben, jedoch einschließlich sozialer Leistungen und anderer empfangener Einkommensübertragungen.

⁹ Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) hat kürzlich festgestellt, daß die Gewinne der westdeutschen Unternehmen 1996 geringer waren als 1989. In dieser Rechnung blieben aber die Dienstleistungsunternehmen, deren Gewinne in dieser Zeit stark zugenommen haben, unberücksichtigt; vgl. Vermutungen und Fakten über die Gewinne der Unternehmen, Köln 1998.

Tabelle 1

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte¹⁾ und seine Verwendung
in Mrd. DM

Jahr	Nettolohn- und -gehaltssumme	Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	Empfangene laufende Übertragungen	Nicht-zurechenbare geleistete laufende Übertragungen	Konsumenten-kreditzinsen	Verfügbares Einkommen	Privater Verbrauch	Ersparnis der privaten Haushalte	Nachrichtlich: Sparquote in %
1980	506,2	245,1	251,2	28,9	13,2	960,4	837,0	123,4	12,8
1985	571,0	349,7	300,9	33,8	17,7	1 170,1	1 036,5	133,6	11,4
1990	743,6	470,9	380,2	39,8	22,1	1 532,7	1 320,7	212,0	13,8
1991	899,6	572,7	475,0	45,9	30,2	1 871,3	1 630,3	241,0	12,9
1992	953,5	622,0	525,9	51,7	35,8	2 014,0	1 755,5	258,5	12,8
1993	977,9	637,0	566,0	56,9	40,1	2 083,9	1 829,3	254,6	12,2
1994	973,2	696,1	588,7	61,3	39,9	2 156,8	1 906,0	250,8	11,6
1995	976,3	735,2	619,4	63,7	40,8	2 226,4	1 973,9	252,5	11,3
1996	999,7	785,4	623,1	67,3	38,9	2 302,0	2 040,0	262,0	11,4
1997	981,3	831,5	630,6	65,3	38,4	2 339,6	2 084,0	255,6	10,9

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 1980 bis 1990 früheres Bundesgebiet, von 1991 an Deutschland.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2, Konten und Standardtabellen 1997, Vorbericht.

öffentlichen Pensionen ist erneut überdurchschnittlich gestiegen. Die Wohngeldzahlungen erhöhten sich spürbar. Dagegen fielen die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung 1997 etwas geringer aus als im Jahr davor — die Zahl der Kurzarbeitsfälle war rückläufig, Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung und zur beruflichen Weiterbildung sind beträchtlich „zurückgefahren“ worden. Die Leistungen der Arbeitslosenhilfe jedoch expandierten im Berichtsjahr wiederum kräftig: Der Anteil derjenigen Erwerbslosen, die keinen Anspruch an die Arbeitslosenversicherung mehr haben und nun auf die geringeren Leistungen der Arbeitslosenhilfe angewiesen sind, nahm deutlich zu. Hier liegt wohl auch einer der Gründe dafür, daß die Sozialhilfe im Berichtsjahr wieder stärker in Anspruch genommen worden ist. 1996 waren die Sozialhilfeeleistungen — entlastet durch die Pflegeversicherung — zurückgegangen. Augenfällig geschrumpft sind 1997 die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung. Im Gesundheitswesen ist es durch die dritte Stufe der Gesundheitsreform wieder einmal zu einer Kostenentlastung gekommen, nicht zuletzt aber zu Lasten der Versicherten und ihrer Familienangehörigen, deren Eigenbeteiligung an den Krankheitskosten kräftig gestiegen ist; zugleich wurden Leistungen eingeschränkt.

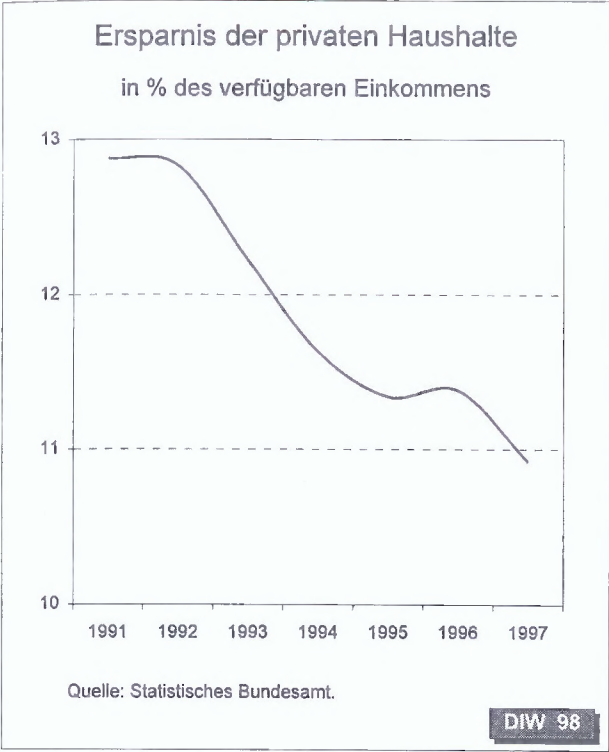
Für ihren Verbrauch gaben die privaten Haushalte im Berichtsjahr knapp 2,1 Bill. DM aus, das waren 2,2 % mehr als im Jahr zuvor. Anders als 1996 weiteten die Haushalte ihren Konsum stärker aus, als das verfügbare Einkommen zunahm. Dem Anstieg der Wohnungsmieten, höheren Müllabfuhr-, Abwasser- und Straßenreinigungsgebühren, gestiegenen Zuzahlungen für Arzneimittel sowie angehobenen Entgelten für Postdienstleistungen konnten sie

kaum ausweichen. Doch bei der Nachfrage nach anderen Gütern hielten sich die Haushalte angesichts der nach wie vor ungünstigen Lage am Arbeitsmarkt, schwacher Einkommenssteigerungen und zunehmender Abgabenlast eher zurück. Für Nahrungsmittel und Getränke gaben sie 1997 bei kräftig gestiegenen Preisen bei Kartoffeln, Südkrüchten und Kaffee¹⁰ nur wenig mehr aus als im Jahr davor; die Nachfrage nach Kraftfahrzeugen, die 1996 stark zugenommen hatte, ging zurück. Bei ihren Ausgaben für Energie profitierten die privaten Haushalte vom niedrigen Ölpreis und von der milden Witterung im letzten Winter. Die über die Einkommenszunahme hinausgehende Verbrauchsausweitung ging zu Lasten der privaten Ersparnis,¹¹ die 256 Mrd. DM (–2,5 %) betrug. Die Sparquote setzte ihre mehrjährige Talfahrt, die 1996 unterbrochen worden war, fort (Abbildung 1), sie machte nun 10,9 % des verfügbaren Einkommens aus (1996: 11,4 %). Diese Quote ist der Durchschnitt für die Gesamtheit der privaten Haushalte; dahinter steht eine beträchtliche Streuung (Abbildung 2): Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) war die Sparquote der Selbständigen-Haushalte 1993 fast doppelt so hoch wie die der anderen Haushaltsgruppen. Das ist einmal auf die meist günstige Einkommenslage der Selbständigen zurückzuführen, die ihnen eine überdurchschnittlich hohe Ersparnis ermöglicht. Zum anderen ist hier aber in Rechnung zu

¹⁰ Vgl. Johann Szenzenstein: Preisentwicklung im Jahr 1997. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 1/1998, S. 76 ff.

¹¹ Vgl. Sinkende Spartätigkeit stützt Konsum: Bearb.: Jochen Schmidt. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 12/98, S. 219 ff.

Abbildung 1



stellen, daß die Ersparnis bei Selbständigen zu einem großen Teil der Alters- und Hinterbliebenenvorsorge dient, die bei (nichtbeamteten) Arbeitnehmern durch Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung abgedeckt wird. Zum Aufbau dieser Ansprüche sparen Arbeitnehmer einen Teil ihres Einkommens nicht freiwillig, sondern „kraft Gesetzes“.

Für die Haushalte mit niedrigem Einkommen werden in der EVS negative Sparquoten ausgewiesen. Das bedeutet, daß diese Haushalte durch den Abbau finanzieller Rücklagen „entsparen“ oder sich durch die Aufnahme von Krediten verschulden — Haushalte, deren Nettoeinkommen sich 1993 auf weniger als 1 000 DM im Monat belief, „überzogen“ ihre regulären Einnahmen um nicht weniger als 22 %.

Neben der laufenden Ersparnis wird die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte von den Vermögensübertragungen beeinflusst. Die Haushalte empfangen im Berichtsjahr solche Übertragungen in Höhe von 32 Mrd. DM (z.B. Spar- und Wohnungsbauprämien, Zunahme der Ansprüche von Arbeitnehmern in der betrieblichen Altersversorgung) und leisteten solche in Höhe von 61 Mrd. DM (z.B. Mittel zur Eigenheimfinanzierung, die über Bausparkassen geleitet wurden). Weil die geleisteten Vermögensübertragungen die empfangenen um 29 Mrd. DM übertrafen, war der Finanzierungssaldo der privaten Haushalte — er stimmt mit der Differenz zwischen Geldvermögensbildung und Kreditaufnahme überein — um diesen Betrag geringer als die Ersparnis.

Abbildung 2

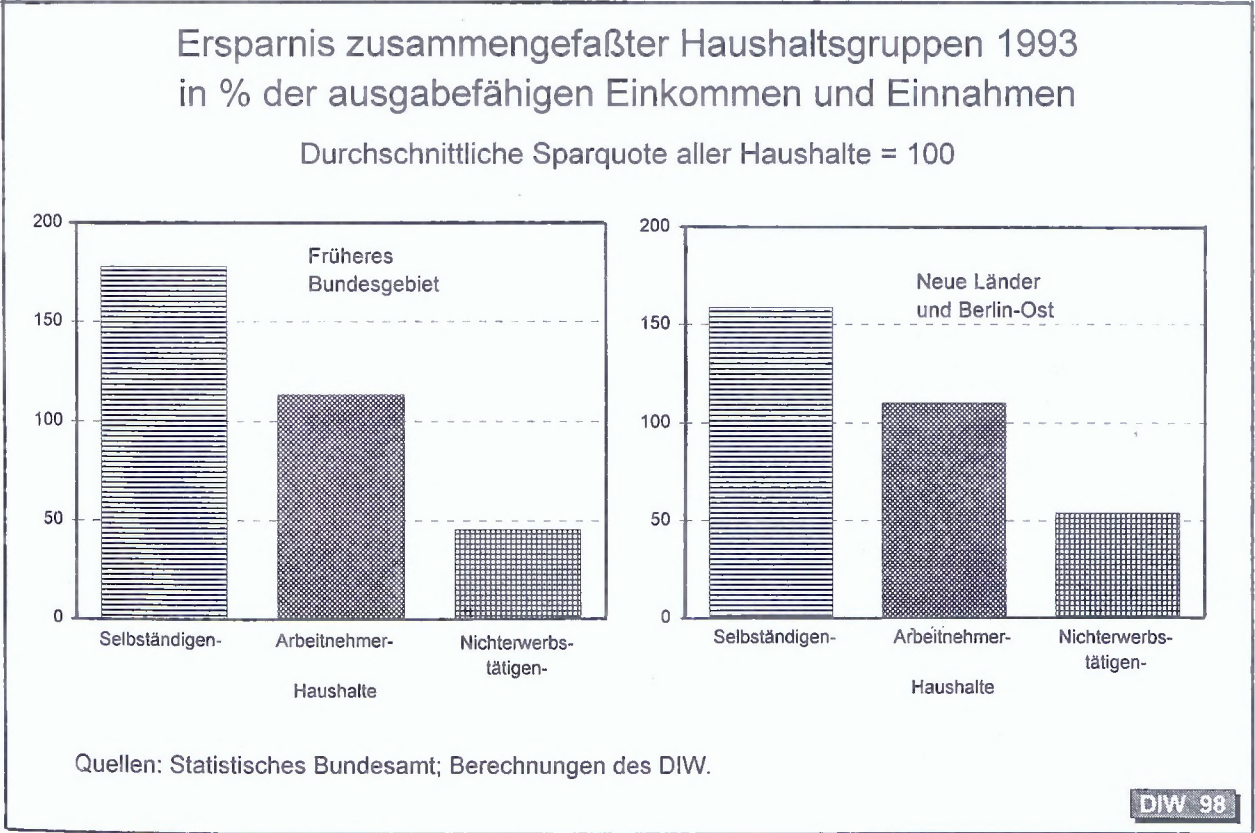


Tabelle 2

Geldvermögensbildung der privaten Haushalte¹⁾
in Mrd. DM

Jahr	Spar- einlagen	Geldanlage bei		Erwerb von			Termin- gelder und Sparbriefe	Bargeld und Sicht- einlagen	Sonstige Förde- rungen ²⁾	Bruttogeld- vermögens- bildung insgesamt	Nachrichtlich:	
		Bauspar- kassen	Versiche- rungen	festver- zinsl. Wert- papiere	Aktien	Geldmark- papieren					Kredit- aufnahme	Nettogeld- vermögens- bildung
1980	8,8	6,3	24,9	24,8	-0,9	0,4	38,6	3,9	14,0	120,7	12,7	108,1
1985	34,0	-1,1	38,9	21,5	3,5	-0,4	13,4	5,4	11,7	126,7	12,8	113,9
1990	-13,7	3,1	47,4	76,0	-1,8	5,1	54,8	16,4	18,3	205,5	23,7	181,8
1991	1,8	6,4	52,0	91,3	2,2	0,5	62,7	14,2	17,0	248,1	34,4	213,7
1992	16,9	6,6	60,3	61,9	-2,3	3,1	46,3	41,7	23,2	257,8	24,2	236,7
1993	88,9	6,8	69,6	7,9	-9,3	-0,9	22,6	35,1	14,6	235,3	15,0	220,3
1994	80,6	6,2	74,6	105,3	9,9	-5,0	-64,4	15,7	6,8	229,8	16,1	213,7
1995	103,1	3,4	86,0	59,1	-1,0	-3,7	-46,4	23,6	13,0	237,2	13,2	224,0
1996	95,3	9,5	87,1	38,7	12,7	-0,3	-40,4	33,5	13,3	249,2	12,1	237,1
1997	37,5	9,3	94,8	64,7	13,7	-1,1	-9,2	19,3	14,1	243,2	13,1	230,1

1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 1980 bis 1990 früheres Bundesgebiet, von 1991 an Deutschland. —

2) Im wesentlichen Zunahme der Ansprüche aus betrieblichen Pensionszusagen.

Quellen: Deutsche Bundesbank: Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Westdeutschland 1960 bis 1992; Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1990 bis 1997. Statistische Sonderveröffentlichung 4; Berechnungen des DIW.

Ihr Geldvermögen stockten die privaten Haushalte im Berichtsjahr um 243 Mrd. DM auf,¹² 1996 hatte die Geldvermögensbildung um 6 Mrd. DM höher gelegen (Tabelle 2). Die Geldanlagen auf Sparbüchern fielen erheblich niedriger aus als im Jahr zuvor. Allerdings wurden nur die Einlagen mit einer Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten abgebaut, die kurzfristig kündbaren Einlagen hingegen beträchtlich aufgestockt — hier fanden Sondersparformen, für die ein höherer Zins als der Regelsatz gezahlt wird, erneut starkes Interesse. Auf Bausparkonten flossen im Berichtsjahr kaum geringere Mittel als 1996; damals hatte die Verbesserung der staatlichen Bausparförderung geradezu einen „Bausparboom“ ausgelöst.

Die Geldanlage bei Versicherungen erfreute sich auch 1997 großer Beliebtheit. Sie machte nun fast zwei Fünftel der gesamten Geldvermögensbildung aus; dieser Anteil hat tendenziell beträchtlich zugenommen. Seit eh und je sind Lebensversicherungen für Selbständige die wichtigste Form der Alters- und Hinterbliebenenvorsorge, für Arbeitnehmer haben sie sich neben den Ansprüchen an die gesetzliche Rentenversicherung und an betriebliche Pensionskassen zur dritten Säule der Alterssicherung entwickelt. Zu einer gewissen Verunsicherung kam es, als vorübergehend über die Einführung einer Versicherungsteuer auf die Beiträge zu kapitalbildenden Lebensversicherungen diskutiert wurde.

Die Nachfrage nach Wertpapieren war 1997 erheblich größer als im Jahr davor. Dabei hat sich die Nachfrage nach Investmentzertifikaten mehr als verdoppelt. Aktien sind seit dem Börsengang der Telekom im Jahre 1996 wesentlich stärker begehrt. Sparbriefe trafen im Berichtsjahr auf

ein lebhaftes Interesse; Termineinlagen dagegen, deren Verzinsung zur Zeit nicht sonderlich attraktiv ist, wurden per saldo abgebaut. Ihre Bestände an Bargeld und Sichteinlagen stockten die Haushalte 1997 in deutlich geringerem Umfang auf als im Jahr davor. Der Geldvermögensbestand der privaten Haushalte summierte sich am Ende des Berichtsjahres auf reichlich 5,3 Bill. DM (Tabelle 3) — in dieser Summe sind neben den „echten“ Geldanlageformen auch die Ansprüche der Arbeitnehmer im Rahmen betrieblicher Ruhegeldzulagen enthalten. Im Vergleich zu 1996 hat sich das Geldvermögen im Berichtsjahr um 389 Mrd. DM erhöht; die Hausse am Aktienmarkt brachte den Wertpapierbesitzern Kursgewinne von 146 Mrd. DM. In den letzten drei Jahren beliefen sich die Kursgewinne auf insgesamt 302 Mrd. DM (Abbildung 3).

Im Durchschnitt entfiel 1997 auf jeden Haushalt ein Geldvermögen von rund 143 000 DM (1996: 134 000 DM). Hinter diesem Durchschnittsbetrag steht freilich eine beträchtliche Streuung. Es wurde bereits angesprochen, daß die Selbständigen ihre Alters- und Hinterbliebenenvorsorge in der Regel eigenverantwortlich organisieren müssen; sie verfügen deshalb über finanzielle Rücklagen, die die der anderen Haushaltsguppen weit übersteigen (Abbildung 4); bei der Geldanlage in Lebensversicherungen ist die Differenzierung zwischen den Gruppen noch größer als bei den übrigen Geldanlageformen. Das „Sozialvermögen“ der Angestellten und Arbeiter (deren kaum zu quantifizierende Ansprüche an die gesetzliche Rentenver-

¹² Außerdem sind 57 Mrd. DM in die Eigenheimfinanzierung geflossen.

Tabelle 3

Geldvermögen der privaten Haushalte¹⁾
Bestand am Jahresende in Mrd. DM

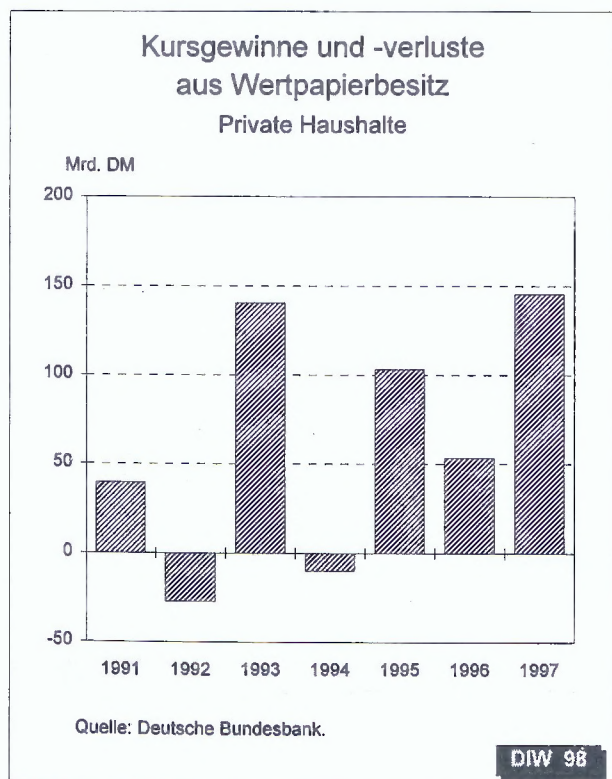
Jahr	Spar- einlagen	Geldanlage bei		festver- zinsl. Wert- papiere ²⁾	Erwerb von		Termin- gelder und Sparbriefe	Bargeld und Sicht- einlagen	Sonstige Forde- rungen ³⁾	Bruttogeld- vermögen insgesamt	Nachrichtlich:	
		Bauspar- kassen	Versiche- rungen		Aktien ²⁾	Geldmarkt- papieren					Verpflich- tungen	Nettogeld- vermögen
1980	493,0	107,7	246,2	170,3	70,8	2,8	157,0	127,8	107,9	1 483,5	143,2	1 340,4
1985	611,7	122,1	412,3	332,6	155,8	2,9	253,8	155,1	168,6	2 214,7	192,8	2 021,9
1990	679,9	124,0	639,7	500,9	191,1	10,1	384,8	229,9	244,7	3 005,1	271,6	2 733,5
1991	743,5	132,1	703,7	686,1	199,6	11,3	459,2	293,4	257,1	3 485,9	314,0	3 171,9
1992	761,0	138,7	748,1	747,4	187,2	14,2	505,4	334,4	279,8	3 716,4	338,5	3 377,9
1993	850,2	145,5	822,5	822,5	249,8	12,8	528,1	368,6	292,3	4 092,2	353,6	3 738,6
1994	930,6	151,6	897,6	922,7	254,0	7,8	463,5	384,9	299,3	4 312,0	365,2	3 946,7
1995	1 033,7	155,1	982,6	1 055,7	283,3	4,1	416,8	408,7	312,3	4 652,3	372,1	4 280,2
1996	1 129,0	164,6	1 066,7	1 108,9	340,7	3,8	372,5	441,3	327,6	4 955,0	383,1	4 571,9
1997	1 166,5	173,9	1 163,0	1 173,6	495,5	2,8	363,4	461,0	344,1	5 343,8	394,8	4 948,9

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. 1980 bis 1990 früheres Bundesgebiet, von 1991 an Deutschland. —
²⁾ Zu Tageskursen. — ³⁾ Im wesentlichen Ansprüche aus betrieblichen Pensionszusagen.

Quellen: Deutsche Bundesbank: Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Westdeutschland 1960 bis 1992; Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1990 bis 1997. Statistische Sonderveröffentlichung 4; Berechnungen des DIW.

sicherung) ist im Geldvermögen nicht enthalten — dieser Aspekt ist wesentlich, wenn man die Vermögensverhältnisse von Selbständigen- und Arbeitnehmer-Haushalten vergleicht.

Abbildung 3



Daß die Disparität in der Verteilung des Geldvermögens größer ist als die Ungleichheit in der Einkommensverteilung, überrascht nicht. Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe entfielen 1993 auf die Hälfte der Haushalte 27 % (Westdeutschland) bzw. 30 % (Ostdeutschland) des gesamten Einkommens, aber nur 10 % bzw. 14 % des gesamten Vermögens.¹³ Tatsächlich dürfte die Verteilungsdisparität noch größer sein, als sie von der EVS erfaßt wird: Einmal fehlen in dieser Statistik die Haushalte mit besonders hohem Einkommen (und vermutlich auch besonders hohem Vermögen); zum anderen lassen sich Vermögensbestände durch Befragungen prinzipiell nur unvollständig erfassen.¹⁴ Mancher der EVS-Teilnehmer dürfte (grundlos) befürchten, das Finanzamt könne von diesem Fluchtkapital erfahren, wenn er es der amtlichen Statistik offenbart.

Informationen über die Vermögensverhältnisse der „Reichen“ findet man in der Vermögensteuerstatistik. Dort wird ausgewiesen, daß 1993 auf die Hälfte der Steuerpflichtigen lediglich 13 %, auf die reichsten 4 % dagegen 44 % des gesamten steuerpflichtigen Vermögens entfielen. Allerdings wurde nur ein geringer Teil der privaten Haushalte (11 % der Selbständigen-, 2 % der Arbeitnehmer- und 5 % der Nichterwerbstätigen-Haushalte) zur Vermögensteuer veranlagt.¹⁵

¹³ Die Gini-Koeffizienten für die Einkommensdisparität betrugen 0,33 (Westdeutschland) bzw. 0,28 (Ostdeutschland), die Gini-Koeffizienten für die Vermögensdisparität 0,59 bzw. 0,53.

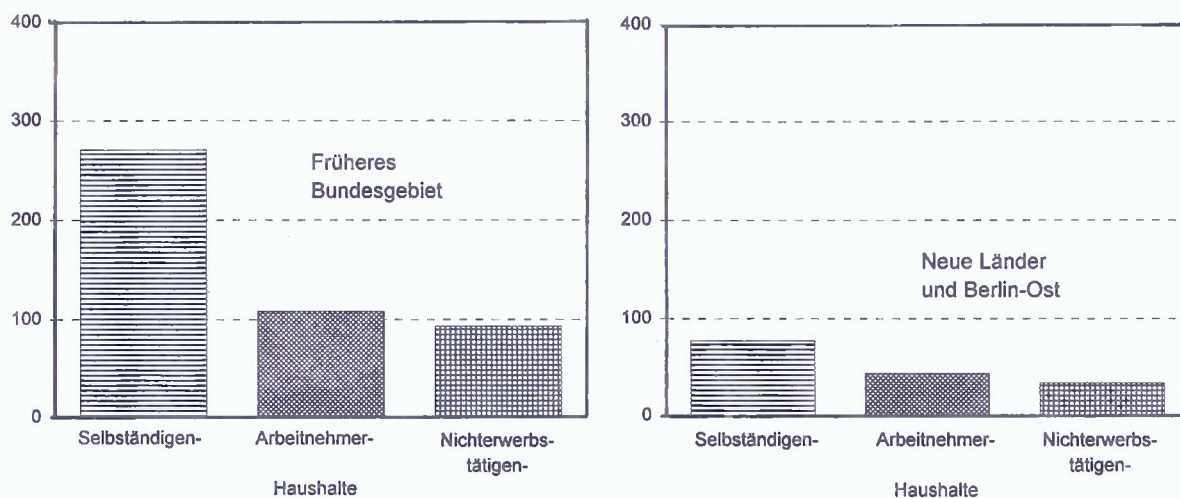
¹⁴ Vgl. Edeltraud Guttman: Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1993. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 5/1995, S. 391 ff.

¹⁵ Vgl. Roland Schöffel: Vermögen und seine Besteuerung 1993. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 7/1997, S. 497 ff.

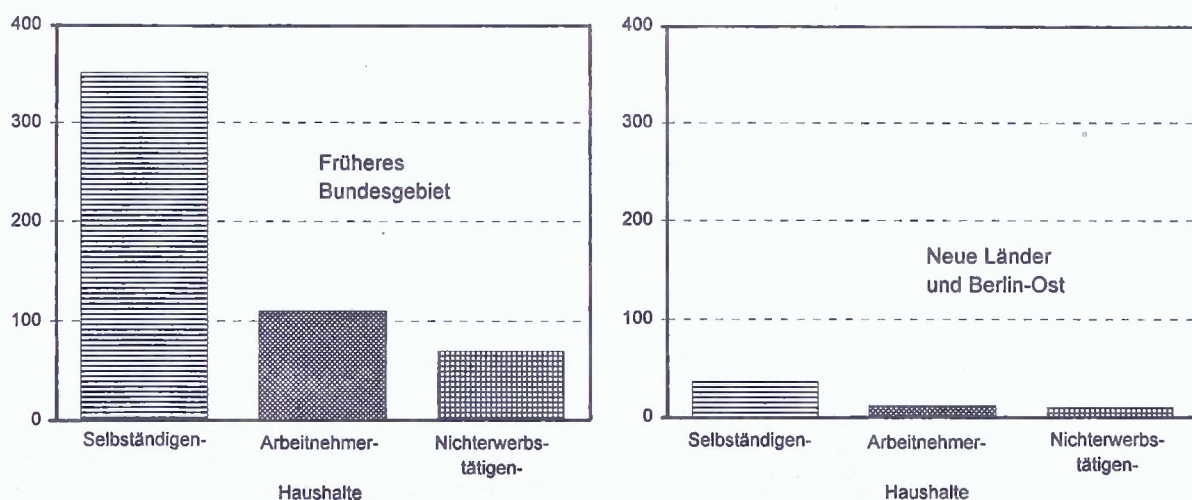
Durchschnittliche Bruttogeldvermögensbestände zusammengefaßter Haushaltsgruppen 1993

Durchschnittsbetrag aller Haushalte mit Geldvermögen
bzw. mit Lebensversicherungen = 100

Gesamtes Geldvermögen



darunter: Lebensversicherungen u.ä.¹



1) Lebens-, Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungsverträge, durchschnittlicher Rückkaufwert.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Kreditaufnahme, Verpflichtungen und Nettogeldvermögen

Der Bruttogeldvermögensbildung von 243 Mrd. DM stand 1997 eine Kreditaufnahme für Konsumzwecke von 13 Mrd. DM gegenüber, im Jahr davor waren es 12 Mrd. DM. Ausgeweitet wurden die kurzfristigen Bankkredite; längerfristige Kredite, die überwiegend zur Finanzierung von Kraftfahrzeugkäufen und der Anschaffung anderer langlebiger Gebrauchsgüter dienen, nahmen die privaten Haushalte weniger in Anspruch als 1996. Die gesamten Verpflichtungen der privaten Haushalte aus Konsumentenkrediten betrugen am Ende des Berichtsjahres 395 Mrd. DM;¹⁶ die Verschuldung je Haushalt belief sich auf 10 600 DM (1996: 10 500 DM).

Mit einem Nettogeldvermögen von gut 4,9 Bill. DM hatten die gesamten privaten Haushalte finanzielle Rücklagen auf der „hohen Kante“, die mehr als doppelt so hoch waren wie ihr verfügbares Jahreseinkommen. Da die Haushalte mit positivem Nettogeldvermögen andere sind als diejenigen, die verschuldet sind, wird hier auf die Angabe von Durchschnittsbeträgen verzichtet.

Vermögenseinkommen und Konsumentenkreditzinsen

Aus ihren Geldanlagen erzielten die privaten Haushalte im Berichtsjahr Zinsen und Dividenden¹⁷ (vor Steuerabzug) von 217 Mrd. DM (+2,4 %). Den überwiegenden Teil davon bezogen sie von Banken und Versicherungen (Tabelle 4). Die Zinsen auf öffentliche Schulden gingen vorwiegend an Kreditinstitute und nur zu einem geringen Teil an die privaten Haushalte. In nicht unbeträchtlicher Höhe sind den Haushalten Vermögenseinkommen aus dem Ausland zugeflossen.

Die Zinsgutschriften auf Spareinlagen fielen 1997 geringer aus als im Jahr davor, obwohl der Einlagenbestand

größer geworden ist (Tabelle 5). Hier wirkte sich aus, daß das Zinsniveau weiter gesunken ist: Der jahresdurchschnittliche Zinssatz für Spargelder mit dreimonatiger Kündigungsfrist ging von 2,0 % (1996) auf 1,7 % zurück. Etwas stärker — von 5,6 % auf 5,1 % — nahm die Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere ab; die Altbestände waren von diesem Rückgang freilich nicht betroffen. Im Durchschnitt erbrachte das ertragsbringend angelegte Geldvermögen der privaten Haushalte im Berichtsjahr eine Verzinsung von 5,0 %, nach 5,2 % im Jahr davor. Ohne die neuerliche Vermögensumschichtung zugunsten höherverzinslicher Anlagen wäre die Rendite 1997 noch geringer ausgefallen.

Am gesamten Primäreinkommen der privaten Haushalte — den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, aus Unternehmertätigkeit sowie aus Vermögen — hatten die empfangenen Zinsen und Dividenden 1997 einen Anteil von knapp 8 %. Im Vergleich zu 1996 ist der Anteil der Vermögenseinkommen — ebenso wie der der Entnahmen — gestiegen, der des Einkommens aus unselbständiger Arbeit zurückgegangen.

Auf die Konsumentenkredite zahlten die privaten Haushalte im Berichtsjahr Zinsen von 38 Mrd. DM. Das war etwas weniger als 1996, obwohl der Bestand an Verpflichtungen zugenommen hat — auch hier kommt das gesunkene Zinsniveau zum Ausdruck. Per saldo bezogen die privaten Haushalte Vermögenseinkommen in Höhe von 179 Mrd. DM, von denen ein vermutlich nicht kleiner Teil erneut angelegt wurde. Das Sprichwort „wo Geld ist, kommt Geld hinzu“ gilt nach wie vor.

¹⁶ Die für Bauzwecke aufgenommenen Kredite summierten sich Ende 1997 auf 1,4 Bill. DM.

¹⁷ Das Einkommen aus Wohnungsvermietung wird hier nicht zu den Vermögenseinkommen gerechnet.

Tabelle 4

Vermögenseinkommen 1997 nach empfangenden und leistenden Sektoren in Mrd. DM

Empfangende Sektoren Leistende Sektoren					
	Unternehmen	Staat	Private Haushalte ¹⁾	Übrige Welt	Zusammen
Unternehmen	420,1	38,3	189,4	122,6	770,5
Staat	98,9	0,7	13,6	22,6	135,9
Private Haushalte ¹⁾	38,4	—	—	—	38,4
Übrige Welt	103,5	0,3	14,1	—	117,9
Zusammen	661,0	39,4	217,1	145,2	1 062,7

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2, Konten und Standardtabellen 1997, Vorbericht.

Tabelle 5

Vermögenseinkommen der privaten Haushalte¹⁾
in Mrd. DM

Jahr	Zinsgutschriften auf				Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit	Sonstige Vermögenseinkommen ²⁾	Vermögenseinkommen insgesamt	Nachrichtlich:	
	Spareinlagen	Bauspareinlagen	Versicherungen	festverzinsl. Wertpapiere				Konsumenten-kreditzinsen	Vermögenseinkommen nach Abzug der Konsumentenkreditzinsen
1980	24,2	2,9	14,0	15,1	6,0	10,9	73,0	13,2	59,8
1985	21,9	3,4	26,1	26,3	9,6	22,2	109,4	17,7	91,7
1990	25,8	3,5	37,1	40,3	18,8	26,8	152,4	22,1	130,3
1991	32,7	3,7	41,7	46,2	17,1	39,6	190,0	30,2	159,8
1992	36,0	3,9	45,4	55,7	18,0	46,1	205,0	35,8	169,2
1993	37,4	4,1	50,4	54,3	20,1	46,1	212,4	40,1	172,2
1994	35,0	4,2	54,1	65,0	30,9	30,7	219,9	39,9	180,0
1995	36,8	4,4	57,4	66,7	22,0	28,1	215,5	40,8	174,7
1996	38,3	4,6	60,7	73,0	21,8	13,7	212,1	38,9	173,2
1997	37,6	4,9	64,2	75,7	24,7	10,0	217,1	38,4	178,7

1) Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. 1980 bis 1990 früheres Bundesgebiet, von 1991 an Deutschland. — 2) Emissionsdisagio bei Geldmarktpapieren, Zinsen auf Termingelder und Sparbriefe, Nettopachten und Einkommen aus Lizenzen, Patenten u.ä.

Quellen: Statistisches Bundesamt: Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2, Konten und Standardtabellen 1997, Vorbericht; Berechnungen des DIW.

Vermögenseinkommen nach Haushaltsgruppen

Schätzungsweise 10 Mrd. DM der Zinsen und Dividen-den sind 1997 an private Organisationen ohne Erwerbs-zweck (Parteien, Gewerkschaften, Kirchen u.ä.) und an Personen geflossen, die in Wohnheimen, Kasernen, Straf-anstalten u.ä. lebten; die Privathaushalte im engeren Sinn bezogen 207 Mrd. DM (Tabelle 6). Von dieser Summe gin-gen gut zwei Fünftel an die Haushalte von Nichterwerbstätigen, knapp zwei Fünftel an die Arbeitnehmer und etwas über ein Fünftel an die Selbständigen-Haushalte.

Die durchschnittlichen Zinseinkünfte der Selbständi-gen-Haushalte fielen 1997 fast viermal so hoch aus wie die der übrigen Gruppen (Abbildung 5). Hier sei an die mehr-fach erwähnte eigenverantwortliche Alterssicherung der Selbständigen erinnert, die sie zu einem großen Teil durch den Abschluß von Lebensversicherungen realisieren. Die Zinserträge aus dieser Anlageform — sie werden hier wie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung periodenge-recht verteilt — stellen an den Vermögenseinkommen der Selbständigen-Haushalte einen deutlich höheren Anteil als an denen der anderen Haushaltsgruppen.

Daß die durchschnittlichen Vermögenseinkommen der Haushalte von Nichterwerbstätigen etwas höher ausfallen als die der Arbeitnehmer-Haushalte, ist durchaus verständ-lich. Denn die Haushalte von Rentnern und Pensionären haben — wie gesagt — in der Regel während ihrer Berufs-tätigkeit mitunter beträchtliche Geldvermögensbestände angesammelt. Sie stocken diese nicht selten noch weiter

Abbildung 5

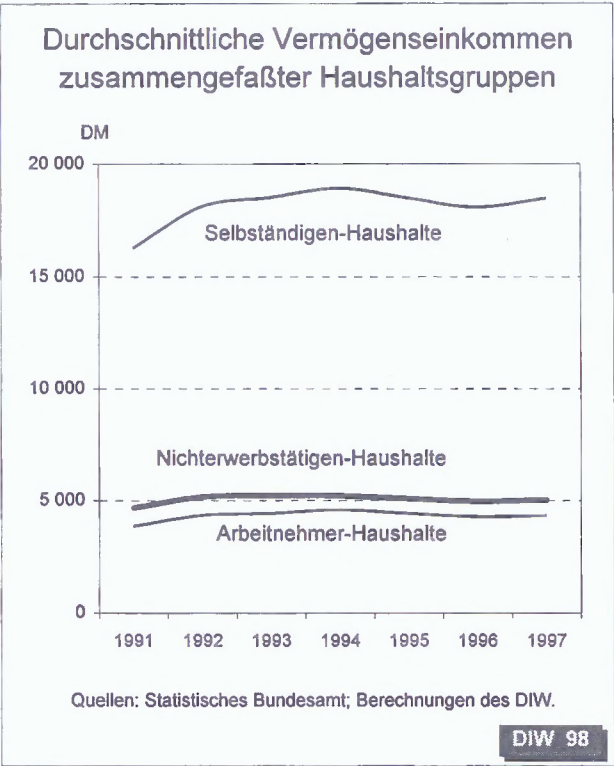


Tabelle 6

Vermögenseinkommen nach Haushaltsgruppen¹⁾

Jahr	Haushalte von									
	Selbständigen in der Landwirtschaft	außerhalb der Landwirtschaft	Angestellten	Beamten	Arbeitern	Arbeitslosen	Rentnern	Pensionären	sonstigen Personen ²⁾	Privathaushalte insgesamt
in Mrd. DM										
1980	1,5	11,9	15,0	4,0	11,1	0,2	17,2	2,7	5,4	69,0
1985	2,1	18,8	22,3	5,9	14,6	0,9	26,8	3,9	8,5	103,7
1990	2,3	27,2	32,3	7,7	18,8	0,9	35,7	5,0	14,9	144,7
1991	2,5	32,3	39,5	8,6	23,0	1,0	42,8	5,7	17,2	172,6
1992	2,7	37,0	44,6	9,4	25,2	1,3	48,7	6,4	20,3	195,6
1993	2,8	38,7	45,5	9,5	24,7	1,8	50,6	6,6	22,5	202,6
1994	2,8	41,1	46,8	9,6	24,3	2,1	52,3	6,8	24,2	209,8
1995	2,7	40,8	45,2	9,1	23,6	2,0	51,1	6,6	24,7	205,6
1996	2,6	40,7	43,9	8,6	23,0	2,0	50,0	6,5	25,2	202,4
1997	2,6	42,2	44,4	8,5	23,3	2,1	50,8	6,6	26,8	207,3
in DM je Haushalt										
1980	4 000	8 500	2 800	2 700	1 700	800	2 400	2 900	4 500	2 800
1985	6 000	12 700	3 900	3 700	2 400	1 100	3 500	4 300	6 100	4 000
1990	7 900	17 300	5 100	4 700	3 000	1 200	4 400	5 500	8 000	5 200
1991	8 700	17 400	4 700	5 200	2 700	1 000	4 100	6 200	8 700	5 000
1992	9 800	19 300	5 300	5 700	3 100	1 100	4 600	7 000	9 600	5 500
1993	10 100	19 700	5 400	5 700	3 100	1 100	4 700	7 100	9 700	5 700
1994	10 400	20 000	5 600	5 800	3 200	1 100	4 700	7 300	9 900	5 800
1995	10 200	19 500	5 400	5 500	3 100	1 100	4 600	7 100	9 500	5 600
1996	10 000	19 000	5 200	5 300	3 000	1 000	4 500	6 900	9 200	5 500
1997	10 300	19 400	5 300	5 300	3 100	1 000	4 500	7 000	9 300	5 600

¹⁾ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck und ohne Personen in Gemeinschaftsunterkünften. 1980 bis 1990 früheres Bundesgebiet, von 1991 an Deutschland. — ²⁾ Haushalte von Nichterwerbstätigen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Vermögenseinkommen, Sozialhilfe, Stipendien, Übertragungen von Angehörigen oder aus sonstigen Quellen.

Quellen: Klaus Schüler: Vermögenseinkommen nach Haushaltsgruppen 1972 bis 1987. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 12/1988, S. 881 ff. und S. 432 ff.; Berechnungen des DIW.

auf, wenn sie aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind. Bemerkenswert ist, daß die durchschnittlichen Einkommen aus Geldvermögen derjenigen Rentner-Haushalte in den neuen Bundesländern, die 1996 an den laufenden Wirtschaftsrechnungen teilgenommen haben, über denen selbst der ostdeutschen Arbeitnehmer-Haushalte mit höherem Einkommen lagen.¹⁸ Ein Teil der Vermögenseinkommen geht auch an Haushalte mit einem arbeitslosen Haushaltsvorstand. Deren durchschnittliche Zinseinkünfte bewegen sich aber weit unter denen der anderen Haushaltsgruppen. Die Einkommen der Arbeitslosen-Haushalte sind vergleichsweise schwer zu erfassen, weil es hier trotz der hohen Zahl von Langzeitarbeitslosen häufig personelle Wechsel gibt: Bei jahresdurchschnittlich 4,4 Mill. als erwerbslos Registrierten werden in der Arbeitsmarktstatistik für das Berichtsjahr 7,3 Mill. Zugänge und 6,9 Mill. Abgänge von Arbeitslosen nachgewiesen.

Fazit

Im vergangenen Jahr haben die privaten Haushalte Geldvermögen in Höhe von 243 Mrd. DM gebildet; ihr Geldvermögensbestand summierte sich Ende 1997 auf 5,3 Bill. DM. Im Vergleich zu 1996 ist er um 389 Mrd. DM gestiegen; darin sind Kursgewinne der Wertpapierbesitzer von 146 Mrd. DM enthalten. Im Durchschnitt entfiel auf jeden Haushalt ein Geldvermögen von rund 143 000 DM — hier ist die Streuung allerdings groß. Ein Teil der Haushalte ist verschuldet, ein Großteil besitzt finanzielle Rücklagen in nur geringer Höhe. Doch die „reichsten“ 6 % der westdeutschen Haushalte verfügten 1993 — neuere Daten gibt es nicht — über ein Drittel, 4 % der ostdeutschen Haushalte über ein Fünftel der in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe erfaßten Kapitalanlagen.

¹⁸ Vgl. Hielte Fiebriger: Budgets ausgewählter privater Haushalte 1996. In: Wirtschaft und Statistik Heft 8/1997, S. 586 ff.

Als Erträge ihres Geldvermögens bezogen die Privathaushalte im engeren Sinne (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck und ohne in Gemeinschaftsunterkünften lebende Personen) 1997 Zinsen und Dividenden (vor Steuerabzug) in Höhe von 207 Mrd. DM. Der Durchschnittsbetrag je Haushalt belief sich auf 5 600 DM. Allerdings ist die „Ungleichheit“ in der Verteilung der Vermögenserträge noch größer als die Disparität in der Verteilung

der Kapitalbestände, denn je höher das Geldvermögen eines Haushalts ausfällt, um so höher ist auch der Anteil hochverzinsten Anlageformen.

Ein Teil der Vermögenseinkommen wird wieder angelegt. Daß die alljährliche Geldvermögensbildung in zunehmendem Maße aus Zinsen und Dividenden „gespeist“ wird, läßt das tendenziell steigende Verhältnis von Vermögenseinkommen und Geldvermögensbildung vermuten.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 89 789-0 — Telefax (0 30) 89 789-200
DIW-Internet-Homepage: <http://www.diw-berlin.de>
Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Rolf-Dieter Postlep,
Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Kurt Geppert, Jochen Schmidt, Dieter Teichmann.

Bildungsausgaben in Deutschland: Kursänderung erforderlich. Bearbeitet von Dieter Schumacher. —
Geldvermögen und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte 1997. Bearbeitet von Klaus-Dietrich Bedau.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 210,—, vierteljährlich DM 65,—, Einzelnummer DM 15,—.

Zuzüglich Versandspesen

ISSN 0012-1304